

## **A n t r a g**

### **der Fraktion DIE LINKE**

#### **Modellprojekt für kostenloses öffentliches WLAN in Thüringen**

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Modellprojekt für kostenloses und öffentliches Internet in Form eines Wireless Local Area Networks (WLAN) in fünf Thüringer Kommunen zu entwickeln und zu finanzieren. Das Projekt soll in mindestens zwei Städten sowie in Kommunen des ländlichen Raums umgesetzt werden. Das WLAN soll mindestens an öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Die Dauer des Modellprojektes soll mindestens 24 Monate betragen, Beginn ist der 1. Januar 2013. Dem Landtag ist bis spätestens 31. Oktober 2012 eine Vorlage zur Realisierung des Modellprojektes für kostenloses mobiles Internet vorzulegen. Darin ist neben der Prüfung und Beschreibung der rechtlichen, technischen und finanziellen Umsetzungsbedingungen und des Bewerbungsverfahrens auch eine Zeitplanung für die Umsetzung enthalten.
  
- II. Die Landesregierung wird beauftragt zu prüfen, wie ein kostenloses öffentliches WLAN für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gäste Thüringens flächendeckend bereitgestellt werden kann. Ein Bericht ist dem Landtag bis spätestens 31. Oktober 2012 vorzulegen. Darin ist neben der Prüfung und Beschreibung der rechtlichen, technischen und finanziellen Umsetzungsbedingungen auch eine Zeitplanung für die mögliche Umsetzung enthalten.

#### **Begründung:**

Die Digitalisierung der Gesellschaft verändert die Arbeits- und Lebensbedingungen. Der Zugang zum Internet ist von wachsender Bedeutung in fast allen Lebensbereichen: Arbeitssuche, Kommunikation per E-Mail oder in sozialen Netzwerken, Zugang zu Informationen und Wissen, Kontakt mit Behörden, Gestaltung von Freizeit und Urlaub, Beteiligung an öffentlicher Meinungs- und Willensbildung - all das findet heute in bedeutendem Umfang online statt.

In vielen Bereichen haben sich Strukturen herausgebildet, zu denen es kein oder kein qualitativ oder quantitativ vergleichbares Angebot außerhalb des Internets gibt. Das gilt auch für Bereiche wie Justiz, Gesetzgebung und öffentliche Verwaltung. Der Zugang zum Internet ist heute mitentscheidend, auch für die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe und demokratischen Partizipation der Menschen.

Gleichzeitig ist die Möglichkeit, das Internet zu nutzen, keine Selbstverständlichkeit. Die mit dem Internet verbundenen Kosten für Endgeräte und Datentransfer sind zum Teil beträchtlich und wirken dadurch sozial selektiv. Zahlreiche Studien belegen die digitale Spaltung der Gesellschaft zwischen Menschen mit Zugang zum Internet und jenen, die keinen Zugang haben. Diese Spaltung beruht auch auf einer sozialen Spaltung der Gesellschaft. Gerade Menschen in prekären Lebenslagen sind vom Zugang zum Internet häufig ausgeschlossen.

Bei Haushaltseinkommen unter 1 000 Euro sind es laut einer Studie der Initiative D21 von 2011 47 Prozent, zwischen 1 000 und 2 000 Euro 34,3 Prozent und zwischen 2 000 und 3 000 Euro 16,9 Prozent der Menschen.

Für alle Menschen die gleichen Zugangs- und Teilhabebedingungen durch ein möglichst niedrighschwelliges Angebot an Internetzugangsmöglichkeiten sicherzustellen, ist Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. Von vielen Kommunen und Städten ist diese Aufgabe bereits erkannt worden. Die im Hunsrück gelegene Stadt Kastellaun bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern kostenloses mobiles Internet im Innenstadtbereich, die Stadt Renchen bietet es um das Freizeitbad und den Rathausplatz. Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU in Berlin sieht ein stadtweites kostenloses WLAN vor. Und London hat im Jahr 2012 mit dem Ausbau des europaweit größten freien WLAN-Netzes begonnen, das Bürgerinnen und Bürgern und Touristinnen und Touristen mit Beginn der Olympischen Spiele zur Verfügung stehen soll.

Mit der Schaffung eines freien WLAN-Netzes in Thüringen, das die Zugangsgerechtigkeit fördert, kann Thüringen mit gutem Beispiel vorangehen und Teilhabe, Partizipation sowie mehr soziale Gerechtigkeit schaffen.

Für die Fraktion:

Blechschmidt